Niederschrift über die 15. Sitzung des Kreistages
Unstrut-Hainich-Kreis vom 19. Juli 2021

Tagungsort: Berufsschulzentrum des Unstrut-Hainich-Kreises, „Audimax“
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:25 Uhr

Sitzungsleitung: Kreistagsvorsitzender, Herr Thomas Kretschmer
Schriftführung: Büro Kreistag

Anwesenheiten:

- Landrat, Harald Zanker

- **CDU-Fraktion:**
Conrad, Matthias
Croll, Jane
Holzapfel, Elke
Kretschmer, Thomas
Lehmann, Annette
Dr. Scharf, Eberhard
Schmalz, Jeremi
Urbach, Jonas
Zunke-Anhalt, Klaus

- **SPD-Fraktion:**
Gött, Jürgen
Kleemann, Dagmar
Klupak, Jörg
Shevchenko, Oleg
Wacker, Martin
Zanker, Claudia

- **AfD-Fraktion**
Kleinschmidt, Angelika
Kleinschmidt, Detlef
Kunze, Jens
Lindner, Andreas
Poppner, Ronny Hermann
Sell, Stefan

- **Fraktion Freie Wähler-Unstrut-Hainich**
Ahke, Thomas
Karnofka, Thomas
Montag, Karl-Josef

Reinz, Matthias
Riemann, Jan
Zehaczek, Uwe

- **Fraktion DIE LINKE**
Eger, Cordula
Kubitzki, Jörg
Ortmann, Monika
Pollak, Petra
Rebenschütz, Anja
- **Fraktion B'90 / DIE GRÜNEN**
Gaßmann, Tino
Reidat, Jens
Schlegel, Edgar
- **FDP-Fraktion**
Boelecke, Bastian
Groß, Marko
Dr. Kappe, Alexander
- **entschuldigt gefehlt:**
Lutze, Karsten
Mascher, Reinhard
Dr. Bruns, Johannes
Henning, Andreas
Görbig, Iven
Kirchner, Björn Guido
- **unentschuldigt gefehlt:**
Roth, Hans-Joachim
Niebuhr, Matthias
- **Verwaltung**
Frau Engelhardt-Schütze, FBL 1

Vorgeschlagene Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 3 Bestätigung der Tagesordnung
- 4 Berichterstattung des Landrates aus der Verwaltung
- 5 Anfragen aus dem Kreistag

- 6 Bürgeranfragen
- 7 Öffentliche Ausschreibung 096-2021-UHK: Elektroinstallation FÖZ Pestalozzischule Mühlhausen, Johannistal 16
- 8 Außerplanmäßige Ausgabe in der Haushaltsstelle 4511.7180, Außerschulische Jugendbildung, Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke
- 9 Ergänzungswahl eines Nicht-Kreistagsmitgliedes der AfD-Fraktion in den Verwaltungsrat der Sparkasse Unstrut-Hainich
- 10 Feststellung der Jahresrechnung 2017 für den Unstrut-Hainich-Kreis
- 11 Entlastung des Landrates für das Haushaltsjahr 2017
- 12 Nachwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss
- 13 Einbringung der Jahresrechnung des Unstrut-Hainich Kreises für das Haushaltsjahr 2020 und Überweisung in den Rechnungsprüfungsausschuss
- 14 Übertragung von Zuständigkeiten des Kreisausschusses auf den Landrat gemäß § 107 Abs. 3 ThürKO i.V.m. § 13 Abs. 5 der Hauptsatzung des Unstrut-Hainich-Kreises als Einzelfallentscheidung (Lieferung und Montage von Mobiliar für fünf Grundschulen des UHK)
- 15 Öffentliche Ausschreibung Nr. 126-2021-UHK-SV_Los 1: Erneuerung Heizungs- und Sanitäreinrichtungen Forstbergschule – Sanitär
- 16 Öffentliche Ausschreibung Nr. 126-2021-UHK-SV_Los 1: Erneuerung Heizungs- und Sanitäreinrichtungen Forstbergschule – Trockenbau und Fliesen

Zum TOP 01

Eröffnung und Begrüßung

Der Kreistagsvorsitzende, Herr Kretschmer, eröffnete die Sitzung des Kreistages und begrüßte die Kreistagsmitglieder, den Landrat, die Gäste, die Vertreter der Presse sowie die Mitarbeiter des Landratsamtes.

Herr Kretschmer gab die allgemeinen Hygienehinweise bekannt:

- Das Infektionsschutzkonzept für die Kreistagssitzungen wurde am 17.03.2021 allen Kreistagsmitgliedern per Mail zur Kenntnis übersandt.
- Die Ein- und Ausgänge sind nur entsprechend der Beschriftung zu benutzen.
- Die Maske ist zu tragen, sobald der Sitzplatz verlassen wird. Am Sitzplatz kann die Maske abgenommen werden.
- Beim Betreten des Sitzungssaales sind die Hände zu desinfizieren.

- Der Mindestabstand ist zu jeder Zeit von allen Personen einzuhalten, auch in den Pausen. Nicht in Gruppen zusammenstehen!
- Nach 60 Minuten Sitzungszeit wird eine 5 minütige Pause durchzuführen. Während dieser Zeit wird der Saal gelüftet.
- Nach der Benutzung des Rednerpultes ist dieses mit den bereitstehenden Tüchern zu desinfizieren.

Herr Kretschmer führte aus, dass Herr Peter Ewert, Fraktion GRÜNE, zum 10. Juli 2021 sein Kreistagsmandat niedergelegt habe. Daher sei heute als Nachrücker Herr Edgar Schlegel, der am 13. Juli 2021 sein Kreistagsmandat angenommen habe, zu vereidigen.

Der Landrat bat Herrn Schlegel sich von seinem Platz zu erheben.

Der Landrat verpflichtete Herrn Schlegel gemäß § 103 Abs. 2 Thüringer Kommunalordnung in folgendem Wortlaut:

„Ich verspreche, ich werde meine Pflichten als Kreistagsmitglied gewissenhaft erfüllen und das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, die Verfassung des Freistaates Thüringen sowie die Gesetze wahren.“

Anschließend verpflichtete der Landrat gemäß § 103 Abs. 2 der Thüringer Kommunalordnung Herrn Schlegel zur gewissenhaften Erfüllung seiner Pflichten.

Herr Kretschmer merkte an, dass er nun an § 2 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Kreistages des Unstrut-Hainich-Kreises erinnern wolle: „Unentschuldigtes Fehlen wird nach vorheriger schriftlicher Anhörung des Kreistagsmitgliedes durch den Kreistagsvorsitzenden, der sich hierfür des Kreistagsbüros bedienen kann, in der darauffolgenden Sitzung durch den Kreistagsvorsitzenden öffentlich festgestellt.“

- In der Sitzung des Kreistages am 21. Juni 2021 hat Herr Reinhard Mascher unentschuldigst gefehlt. Er wurde mit E-Mail vom 05. Juli 2021 angehört. er begründete sein Fehlen mit gesundheitlichen Problemen.
- In der Dringlichkeitssitzung des Kreistages am 08. Juli 2021 hat Herr Thomas Ahke unentschuldigst gefehlt. Er wurde mit E-Mail vom 13. Juli 2021 angehört. Herr Ahke teilte mit, dass ihm seminarbedingt die Einladung erst verspätet zugegangen sei und daher keine Teilnahme möglich war.
- In der Dringlichkeitssitzung des Kreistages am 08. Juli 2021 hat Herr Jens Reidat unentschuldigst gefehlt. Er wurde mit E-Mail vom 13. Juli 2021 angehört. Herr Reidat teilte mit, dass er arbeitsbedingt nicht teilnehmen konnte.

Er akzeptiere die Gründe der Abwesenheit und erinnere an dieser Stelle, sich zu entschuldigen, wenn man an der Sitzung nicht teilnehmen könne.

Zum TOP 02 **Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Herr Kretschmer gab bekannt, dass sich derzeit 37 Kreistagsmitglieder im Saal befinden würden und somit die Beschlussfähigkeit gegeben sei. Die Einladung sei ordnungsgemäß erfolgt.

Zum TOP 03 **Bestätigung der Tagesordnung**

Der Landrat gab zwei redaktionelle Änderungen bekannt:

- Es handelt sich nicht um die 14. Sitzung des Kreistages sondern um die 15. Sitzung. Aufgrund der notwendigen Dringlichkeitssitzung am 08.07.2021 verschiebt sich die Sitzungsnummer.
- Beim TOP 16 - Öffentliche Ausschreibung Nr. 126-2021-UHK-SV: Erneuerung Heizungs-und Sanitäreanlagen Forstbergschule – Trockenbau und Fliesen – handelt es sich nicht um Los 1 sondern um Los 2.

Weiterhin nehme die Verwaltung den TOP 9 – Ergänzungswahl eines Nicht-Kreistagsmitgliedes der AfD-Fraktion in den Verwaltungsrat der Sparkasse Unstrut-Hainich – von der Tagesordnung.

Die Verwaltung beantrage die Aufnahme eines neuen Tagesordnungspunktes 17 im öffentlichen Teil im Rahmen der Dringlichkeit: „Resolution des Kreistages des Unstrut-Hainich-Kreises zum Erhalt des Ausbildungsberufes Rechtsanwaltsfachangestellte/r am Berufsschulcampus Unstrut-Hainich“.

Die Dringlichkeit sei gegeben, da, sofern man heute diese Entscheidung treffe, die Resolution noch rechtzeitig vor Entscheidungsfindung beim Land eingereicht werden müsse. Nach letzten Informationen solle die Entscheidung im September getroffen werden. Bis dahin gebe es keine reguläre Kreistagssitzung mehr. Er bitte um Zustimmung.

Herr Gaßmann führte aus, dass zum großen Bedauern der Fraktion GRÜNE Herr Ewert zum 10. Juli 2021 aus gesundheitlichen Gründen sein Kreistagsmandat niedergelegt habe. Die Fraktion wünsche ihm alles Gute und gute Genesung und danke ihm für die Zusammenarbeit.

Die Fraktion freue sich, dass Edgar Schlegel aus Mühlhausen nun die Fraktionsarbeit unterstütze. Das mache eine Neubesetzung der Ausschüsse erforderlich und würde die Fraktion gern mit den neuen TOP 18, 19, 20 und 21 die Ausschüsse neu besetzen. Die entsprechenden Beschlussvorlagen seien vorbereitet.

Es handelt sich im Einzelnen um folgende TOP:

- neuer TOP 18:
Bestellung eines Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes der Fraktion GRÜNE in den Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport
- neuer TOP 19:
Bestellung eines Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes der Fraktion GRÜNE in den Ausschuss für Jugend, Familie, Gesundheit und Soziales
- neuer TOP 20:
Bestellung eines Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes der Fraktion GRÜNE in den Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Umwelt- und Naturschutz, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft, Bauangelegenheiten
- neuer TOP 21:
Bestellung eines Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes der Fraktion GRÜNE in den Sportbeirat des Unstrut-Hainich-Kreises

Frau Zanker merkte an, dass alle in den vergangenen Tagen die schrecklichen Bilder der Flutkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und in Rheinland-Pfalz, später auch noch in Bayern und in Sachsen gesehen haben. Die SPD-Fraktion beantrage im Rahmen der Dringlichkeit einen neuen TOP 22 aufzunehmen: „Spende der Sitzungsgelder für die Opfer der Flutkatastrophe“. Die Dringlichkeit begründe sich mit einer notwendigen schnellen finanziellen Hilfe.

Weitere Anträge zur Tagesordnung lagen nicht vor.

Herr Kretschmer rief zur Abstimmung über die Anträge im Rahmen der Dringlichkeit auf:

- neuer TOP 17 im öffentlichen Teil im Rahmen der Dringlichkeit: „Resolution des Kreistages des Unstrut-Hainich-Kreises zum Erhalt des Ausbildungsberufes Rechtsanwaltsfachangestellte/r am Berufsschulcampus Unstrut-Hainich“
Der Antrag wurde mit 36 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

- neuer TOP 18: „Bestellung eines Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes der Fraktion GRÜNE in den Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport“

neuer TOP 19: „Bestellung eines Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes der Fraktion GRÜNE in den Ausschuss für Jugend, Familie, Gesundheit und Soziales“

neuer TOP 20: „Bestellung eines Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes der Fraktion GRÜNE in den Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Umwelt- und Naturschutz, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft, Bauangelegenheiten“

neuer TOP 21: „Bestellung eines Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes der Fraktion GRÜNE in den Sportbeirat des Unstrut-Hainich-Kreises“

Die Anträge wurden mit 31 Ja-Stimmen und 7 Enthaltungen angenommen.

- neuer TOP 22: „Antrag der SPD-Fraktion: Spende der Sitzungsgelder für die Opfer der Flutkatastrophe“
Der Antrag wurde mit 37 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Bestätigte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 3 Bestätigung der Tagesordnung
- 4 Berichterstattung des Landrates aus der Verwaltung
- 5 Anfragen aus dem Kreistag
- 6 Bürgeranfragen
- 7 Öffentliche Ausschreibung 096-2021-UHK: Elektroinstallation FÖZ Pestalozzischule Mühlhausen, Johannistal 16
- 8 Außerplanmäßige Ausgabe in der Haushaltsstelle 4511.7180, Außerschulische Jugendbildung, Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke
- 9 wurde von der Tagesordnung genommen
- 10 Feststellung der Jahresrechnung 2017 für den Unstrut-Hainich-Kreis
- 11 Entlastung des Landrates für das Haushaltsjahr 2017
- 12 Nachwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss
- 13 Einbringung der Jahresrechnung des Unstrut-Hainich Kreises für das Haushaltsjahr 2020 und Überweisung in den Rechnungsprüfungsausschuss
- 14 Übertragung von Zuständigkeiten des Kreisausschusses auf den Landrat gemäß § 107 Abs. 3 ThürKO i.V.m. § 13 Abs. 5 der Hauptsatzung des Unstrut-Hainich-Kreises als Einzelfallentscheidung (Lieferung und Montage von Mobiliar für fünf Grundschulen des UHK)
- 15 Öffentliche Ausschreibung Nr. 126-2021-UHK-SV_Los 1: Erneuerung Heizungs- und Sanitäranlagen Forstbergschule – Sanitär
- 16 Öffentliche Ausschreibung Nr. 126-2021-UHK-SV_Los 1: Erneuerung Heizungs- und Sanitäranlagen Forstbergschule – Trockenbau und Fliesen
- 17 Resolution des Kreistages des Unstrut-Hainich-Kreises zum Erhalt des Ausbildungsberufes Rechtsanwaltsfachangestellte/r am Berufsschulcampus Unstrut-Hainich
- 18 Bestellung eines Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes der Fraktion GRÜNE in den Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport“

- 19 Bestellung eines Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes der Fraktion GRÜNE in den Ausschuss für Jugend, Familie, Gesundheit und Soziales
- 20 Bestellung eines Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes der Fraktion GRÜNE in den Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Umwelt- und Naturschutz, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft, Bauangelegenheiten
- 21 Bestellung eines Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes der Fraktion GRÜNE in den Sportbeirat des Unstrut-Hainich-Kreises
- 22 Antrag der SPD-Fraktion: Spende der Sitzungsgelder für die Opfer der Flutkatastrophe

Zum TOP 04

Bericht des Landrates aus der Verwaltung

Der Landrat gab folgenden Bericht aus der Verwaltung:

„Besetzung der Stelle des Fachbereichsleiters 3

Zum 01. Juli 2021 hat Herr Sören Lamm die Aufgaben des Fachbereichsleiters 3 - Familie, Jugend, Soziales und Gesundheit – übernommen.

Neustrukturierung Fachdienst Gesundheit

- Neustrukturierung des Fachdienstes Gesundheit zum 01.07.2021 gemeinsam mit LR, FD Personal und der ZSU
- Fachdienstleitung: Frau Jaritz (Dipl. Betriebswirtin, Gesundheits- und Präventionsberaterin)
- zukünftig zweiteilige Führungsstruktur mit Amtsarzt und Fachdienstleitung
- Unterstützung im juristischen/rechtlichen Bereich durch Fachbereichsleiter 3 Herr Lamm und Frau Weißenborn
- Allgemeine Verwaltung und Schwerbehindertenrecht: Teamleitung sowie stellv. FDL Frau Kirsch
- Ärztliche Dienste jeweils durch Facharzt geleitet
- Medizinische Leitung der Gesundheitsdienste: Herr Hierl
- mit der Neustrukturierung wurde ebenfalls ein Bereich zur Führungsunterstützung, Berichtswesen, Statistik und Administration geschaffen

- zahlreiche Gespräche in den jeweiligen Gruppen zur Aufgabenverteilung und Neustrukturierung:
 - o Festlegung von Verantwortlichkeiten für Überwachung der Inhalte der Homepage, Entwurf von Pressemitteilungen
 - o Festlegung mehrerer verantwortlicher Mitarbeiter zur Bearbeitung öffentlicher/nichtöffentlicher/Sportveranstaltungen
 - o Schnittstellendefinition zu verschiedenen Fachdiensten (Personal, IT, Beschaffung)

- Konzeptberatung zur weiteren Umsetzung der Pandemieberatung der Pflegeheime und Überführung in ein regelmäßiges Beratungs- und Kommunikationsformat außerhalb der Pandemie
- Bildung eines „Corona-Teams“ zur weiteren Bearbeitung der Kontaktpersonenentwicklung und Weiterentwicklung der Prozessabläufe
- Vernetzung mit anderen Landkreisen zum Stand Einführung SORMAS

Ziele:

- Entwicklung und Aufbau eines Qualitätsmanagements mit einheitlichen Prozessabläufen und Steigerung der Transparenz
- Qualifizierungschancen nutzen und Fachkräftebedarf sichern
- Landkreisübergreifende Vernetzung und Erfahrungsaustausch mit anderen Gesundheitsämtern
- Perspektivisch: Entwicklung eines Konzepts zur Gesundheitsförderung und Prävention für den Landkreis

Schwimmunterricht ab 31.05.2021

Aufgrund des monatelangen Ausfalls des Schwimmunterrichtes haben wir als Schulträger sofort reagiert, nach dem die Schwimmbäder wieder für das Schulschwimmen geöffnet wurden und gemeinsam mit den Sportkoordinator den 3.-Klässlern der Grundschulen, FÖZ und Gemeinschaftsschulen einen erweiterten Schwimmunterricht organisiert – in Schlotheim als auch in der Thüringen Therme in Mühlhausen.

Auch wenn nicht alle ausgefallenen Schwimmstunden nachgeholt werden können, denn auch die anderen Unterrichtsfächer haben Bedarf an Nachhole-Einheiten, so haben wir es geschafft, die normalen Schwimmeinheiten von 45 Minuten auf 70 Minuten zu verlängern als auch zusätzliche Schwimmtermine für die Schulen anzubieten.

Die Erweiterung läuft nun seit dem 31.05.2021 und endet erst zum Ende des Schuljahres.

Einige Schulen nutzen des Weiteren in den letzten Schultagen die Möglichkeit, ein Schwimmlager zu organisieren. Hierbei werden Organisationsformen, wie z.B. wochenweise oder auch tageweise Nutzung der Bäder umgesetzt. So fahren z.B. die GS Martini und das FÖZ Pestalozzi nach Eigenrieden, die GS Sonnenhof nach Kirchheilingen oder das FÖZ An der Salza nach Wiegleben ins Schwimmlager.

Auch im Rahmen von Ferienkursen, die vom TMBJS finanziell getragen werden, ist das Schwimmlager eine weitere Alternative, um den ausgefallenen Schwimmunterricht zu kompensieren.

Seit dem 31.05.2021 besteht auch die Möglichkeit, um so viele Schwimmgruppen wie möglich gleichzeitig betreuen zu können (natürlich unter Einhaltung der Hygieneregeln), sich Rettungsschwimmern von Vereinen oder der Therme zu bedienen, die über das TMBJS honoriert werden und von dieser Möglichkeit haben die Therme als auch das Seilerbad über den Verein zur Entwicklung von Schlotheim e.V. Gebrauch gemacht.

Alles in allem verursacht diese Ausweitung des Schwimmunterrichts natürlich auch eine Kostenerhöhung in der Schülerbeförderung, denn die zusätzlichen Angebote als auch die Verlängerung der Schwimmeinheiten auf 70 Minuten passen nicht mehr in Gänze in den Fahrplan unserer Busunternehmen zum herkömmlichen Schwimmplan für das Schuljahr 2020/2021.

Hierbei jedoch hat problemlos die Bürgerstiftung geholfen. Die Mehrkosten von rd. 3.000 EUR, die bis zum Schuljahresende zu Buche stehen, werden lt. Bescheid der Bürgerstiftung vom 09.06.2021 übernommen.

Für das neue Schuljahr wird davon ausgegangen, dass dann wieder der obligatorische, im Lehrplan vorgesehene Schwimmunterricht gewährleistet werden kann.

Kreismusikschule Johann-Sebastian Bach – Wiederaufnahme des Präsenzunterrichtes ab 02. Juni 2021

Entsprechend den vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie veröffentlichten Öffnungsschritten konnten die Kreismusikschule J. S. Bach und alle öffentlichen Musikschulen in Thüringen ab 2. Juni schrittweise wieder in den Präsenzunterricht übergehen.

Schrittweise heißt:

- Inzidenz unter 100
 - nur Einzelunterricht und Kleingruppen bis 5 Personen
 - Kontaktpersonennachverfolgung erforderlich
 - Testpflicht für Gesangsunterricht und Unterricht auf Blasinstrumenten
 - bei allen anderen Instrumenten keine Testpflicht
- Inzidenz unter 50
 - Kleingruppe bis 10 Personen
(alles andere wie bei Inzidenz 100)
- Inzidenz unter 35
 - keine Teilnehmerbegrenzung
 - Kontaktpersonennachverfolgung erforderlich
 - Testpflicht entfällt auch bei Gesangsunterricht und Unterricht auf Blasinstrumenten

Wiederaufnahme Präsenzunterricht überwiegend gut

An der Kreismusikschule J. S. Bach verlief die Wiederaufnahme des Präsenzunterrichtes überwiegend gut. Kontaktpersonennachverfolgung erfolgt durch Führung der Anwesenheitslisten jederzeit.

In wenigen Fällen war für Eltern die Realisierung der Testpflicht ein Problem. Insbesondere dann, wenn der Musikschulunterricht nicht an einem „Schultesttag“ stattfand. (In den allgemeinbildenden Schulen werden die Kinder 2x pro Woche getestet.)

Freude über „normalen“ Unterricht

Nach der langen Onlineunterrichtszeit überwog aber bei Schülern, Eltern und Lehrkräften die Freude, dass der Musikunterricht wieder auf „normale“ Art und Weise in den Räumen der Musikschule (MHL im Lindenbühl 28/29 und LSZ im Kongresszentrum) und in den Zweigstellen (Lengefeld/St., Hüpstedt, Heyerode) möglich ist.

Onlineunterricht als alternative Unterrichtsform

Prinzipiell sei noch einmal erwähnt, dass der Onlineunterricht eine gute Möglichkeit war, die Kontinuität in der Musikschulausbildung auch in dieser schwierigen Zeit aufrecht zu erhalten. Für die Musikschullehrkräfte war es eine Herausforderung, die sie mit viel Eigeninitiative und eigener Technik sehr gut bewältigt haben. Unterrichtsgespräche und das wechselseitige Musizieren (Lehrer spielt vor - Schüler wiederholt und umgekehrt) lässt sich bei normaler WLAN Verbindung gut praktizieren.

Das gemeinsame Musizieren Schüler-Lehrer ist online allerdings nur sehr selten möglich. Es sind nur Bruchteile von Sekunden, doch die Latenzzeiten (Verzögerungen) sind meistens noch zu lang. Auch die Dynamik (laut-leise Spiel) wird nur bedingt übertragen.

Problem: Musikalische Früherziehung

Problematisch war die Situation in der Musikalischen Früherziehung (MFE). Onlineunterricht ist hier nicht möglich. Dieser, für den musikalischen Beginn so wichtige musikalische Klassenunterricht im Kindergartenalter, fand fast das ganze Schuljahr nicht statt. Der Verband der Musikschulen spricht von einem für die Musikschulausbildung „verlorenen Jahrgang“.

Seit dem 21. Juni 2021 haben unsere Lehrkräfte, Frau Stechbarth (Mühlhausen) und Frau Beck (Bad Langensalza), den Unterricht in den Musikschulräumen und in den Kindergärten teilweise wieder aufgenommen.

Neustart - Ensembleunterricht und Klassen- und Fachbereichsvorspiele ab Schuljahresbeginn

Auch der, für die Freude am Musizieren so wichtige, Ensembleunterricht fand lange nicht statt. Jede Lehrkraft führt normalerweise mit seinen Schülern jeweils zwei sogenannte Klassenvorspiele im Ständesaal statt. Es gab zwar einige, auf der Internetseite der Kreismusikschule einsehbare „Onlinezusammenspiele“. (z.B. Blasorchester, Big Band, Gitarrenensemble, Akkordeonensemble etc.). Diese motivierenden, identitätsstiftenden und für die Musizierfreude so wichtigen Zusammenkünfte von Schülern, Eltern und Lehrkräften im Ständesaal und im KKZ müssen ab Schuljahresbeginn dringend „zurückkehren“.

Normale Schülerfluktuation zum Schuljahreswechsel

Abschließend sei erwähnt, dass die Zahl der Schüler, die ihre Ausbildung an der Kreismusikschule im Pandemiejahr beendet haben, keine Abweichung von „normalen“ Musikschuljahren zeigt. Auch das spricht für das große Engagement der Lehrkräfte in der schwierigen „Onlinezeit“.

Pandemiebedingte Ausstattung der Schulen

UHK erhielt FÖM für die pandemiebedingte Ausstattung in Höhe von 231.499,81 €

Bisher im Landratsamt damit getan:

- Am 10.03.2021 Beschaffung als Testmodelle von 3 Varianten der CO²-Ampeln
- Beschaffung von 900 Ampeln (Würfel) für alle Klassenzimmer unserer Schulen
Kosten = 131.229,63 EUR

Mit den verbleibenden Mitteln sind weitere unterstützende Hilfsmittel gegen die Verbreitung der Pandemie an die Schulen in der Beschaffung:

- CO²-Sensoren
- Trennwände
- Piktogramme für Wegeführung

Auf der Grundlage weiterer Fördermittel (Förderprogramm BAFA-BMWi für Schullüftung) sind im Juni 2021 Lüftungsanlagen beantragt worden für:

- GS Martinischule Klimaanlage Küche/Speiseraum
- GS Martinischule Turnhalle
- GS Schlotheim Turnhalle

Von Beginn der Inaussichtstellung von finanziellen Mitteln für Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung wurde akribisch an einer Umsetzung gearbeitet. Intensiv wurde sich auch mit dem Thema – Luftreiniger/Luftfilter – auseinandergesetzt.

In der Gemeinschaftsschule Rodeberg, GS/RS Forstberg und dem Käthe-Kollwitz-Gymnasium wurden durch Elterninitiativen Luftreiniger als Testgeräte aufgestellt. Die Rückmeldungen sind sehr unterschiedlich, von nein, wollen wir nicht haben weil zu laut bis ja, wäre denkbar waren die Rückmeldungen.

Ungeachtet dessen wird sich weiterhin im Haus mit dem Thema beschäftigt. Die FaSi und Mitarbeiter des FD GLM vergleichen verschiedene Luftreiniger. Dabei wird vor allem die jeweilige Methode der Reinigung und die Nutzbarkeit für unsere Klassenräume betrachtet. Die technische Auslegung solcher Geräte darf hier auf keinen Fall vernachlässigt werden!

In diesem Zusammenhang wird versucht, kostenlose Geräte für eine Testphase von mehreren Firmen zu erhalten, so dass eine Testphase der Geräte mit dem neuen Schuljahr beginnen kann. Eine grundsätzliche Anschaffung ist erst zum Ende des Jahres (Erkältungssaison) sinnvoll.

Als Orientierung gelten für uns aber weiterhin die Empfehlungen des Umweltbundesamtes:

Das Umweltbundesamt (UBA) empfiehlt in seiner Handreichung vom 15.10.2020, die auf Beschluss der Kultusministerkonferenz (KMK) vom 23.9.2020 verfasst wurde, **mobile Luftreiniger nur in Ausnahmefällen und als flankierende Maßnahme einzusetzen** (UBA 2020-1). In der ergänzenden Stellungnahme des UBA speziell zum Einsatz mobiler Luftreiniger vom 22.10.2020 wird diese grundsätzliche Haltung nochmals bekräftigt (UBA 2020-2).“

„Der Einsatz von mobilen Luftreinigern kann danach ergänzend sinnvoll sein, jedoch nur wenn ausreichende Lüftung nicht möglich ist. Zudem sind bestimmte Voraussetzungen bei Geräteauswahl und Aufstellbedingungen zu beachten.“

Luftreiniger können Lüftung und Lüftungsanlagen nicht ersetzen

- 1) *„Regelmäßiges intensives Lüften über Fenster auf Grundlage der IRK-Empfehlungen vom 12.8.2020 sowie der UBA-Handreichung vom 15.10.2020 oder durch Einsatz von zentral oder etagenweise eingebauten Lüftungsanlagen.*
- 2) *Wenn das Lüften über Fenster nur eingeschränkt möglich ist, soll der Einbau einfacher Zu-/und Abluftanlagen geprüft werden. Solche Anlagen können auch über die Pandemiesituation hinaus vor Ort verbleiben und bei eingeschränkter Lüftungsmöglichkeit dauerhaft zur Verbesserung der Raumluftqualität beitragen.*
- 3) *Wenn die Maßnahmen unter (1) und (2) nicht realisierbar sind, kann der Einsatz von mobilen Luftreinigern erwogen werden. Diese sollen das Lüften jedoch nicht ersetzen, sondern nur flankieren. Gelüftet werden muss in jedem Fall, selbst wenn in solchen Fällen auch nur eingeschränkt möglich.“*

Derzeit laufende weitere Maßnahmen:

Mit der seit gestern bekanntgewordenen Förderung durch den Bund für mobile Luftfilter in Höhe von 200 Mio. EUR stehen den Schulträgern weitere finanzielle Mittel zur Verfügung, die auch wir nutzen werden. Gemäß der Empfehlungen des Bundesumweltamtes werden derzeit bei uns die Klassenräume zahlenmäßig erfasst, bei denen keine ausreichende Lüftung durch Fensterlüftung möglich ist.

Auch wenn vordergründig diese Mittel für Schüler unter 12 Jahren einzusetzen sind, werden wir auch versuchen, die weiterführenden Schulen und den Berufsschulcampus einzubeziehen. Steht das Verfahren der Antragstellung fest, werden entsprechende Anträge seitens des Schulträgers gestellt.

Das Bundesumweltamt untermauert die Herangehensweise des Landkreises. Hierzu wird auf Ausführungen des Bundesumweltamtes vom 13.07.2021 verwiesen, welche dem Bericht als Anlage beigefügt sind.

Weitere Digitalisierung der Kreistagsarbeit

Um die digitale Gremienarbeit weiter voran zu bringen und um Stück für Stück die papierlose Kreistagsarbeit einzuführen, wurde allen Kreistagsmitgliedern am 02. Juli 2021 per Mail ein Fragebogen übersandt.

Hier ging es um die Ermittlung, welches Kreistagsmitglied mit dem Gremien-Infoportal der Kreistagssoftware Session arbeitet und wer die Anschaffung der MandatosApp befürwortet.

Von den 46 Kreistagsmitgliedern haben lediglich 20 Kreistagsmitglieder den Fragebogen ausgefüllt zurück gesandt. Wir möchten auf diesem Weg nochmals darum bitten, den Fragebogen auszufüllen und zurückzusenden.

Weiterhin wurde mit Mail vom 07. Juli 2021 an die Fraktionsvorsitzenden darum gebeten, in der Fraktion zu prüfen, ob eine Informationsveranstaltung zum Gremien-Infoportal und zu den Mandatos Apps gewünscht ist. Auch hier wird nochmals an eine Rückmeldung erinnert.“

Zum TOP 05 **Anfragen aus dem Kreistag**

Herr Kretschmer gab bekannt, dass keine schriftlich eingereichten Anfragen vorliegen würden.

Mündliche Anfragen

01. Anfrage des Herrn Schmalz, CDU-Fraktion:

„Die Schulsozialarbeit leistet einen wichtigen Beitrag an den Schulen des Landkreises. Insbesondere in der Coronapandemie und bei der Rückkehr zum normalen Schulalltag braucht es Kontinuität mit gleichbleibenden Ansprechpartnern bei dieser wichtigen Arbeit. Im Zuge der Umstrukturierung des Jugendamtes wurde signalisiert, dass die Kontinuität der Arbeit an den Schulen dadurch nicht gefährdet ist.

Hiermit frage ich:

1. Wie viele vom Landkreis beschäftigte Schulsozialarbeiter haben seit der Umstrukturierung des Jugendamtes zum 01.05.2021 ihre Tätigkeit an Schulen des Landkreises beendet?
2. Haben die entsprechenden Mitarbeiter Tätigkeiten in anderen Bereichen der Verwaltung aufgenommen, wann ja in welchen Bereichen?“

Der Landrat gab bekannt, dass er einen Teil beantworten wolle.

Es habe nichts mit der Umstrukturierung des Fachdienstes zu tun. Schon weit vor der Umstrukturierung habe es im Haus eine Diskussion mit Vertretern des Jugendhilfeausschusses und auch mit dem Unterausschuss gegeben. Damals sei festgelegt worden, ein Interessenbekundungsverfahren durchzuführen.

Dieses Interessenbekundungsverfahren sei abgeschlossen. Im Rahmen dieses Verfahrens werden die Mitarbeiter, die derzeit in der Schulsozialarbeit beim Landkreis tätig seien, dann frei entscheiden, ob sie zum Träger wechseln oder in der Verwaltung bleiben. Andere sich daraus ergebene Lücken müssen durch den Träger geschlossen werden.

Morgen beschäftige sich der Jugendhilfeausschuss mit dem Interessenbekundungsverfahren.

Den restlichen Teil der Anfrage, wie war der Stand im April und wie sei der Stand zum Zeitpunkt der Anfrage, beantworte er in der nächsten Kreistagssitzung. Dann werde er auch das Ergebnis des Jugendhilfeausschusses bekanntgeben.

02. Anfrage der Frau Croll, CDU-Fraktion:

„Ich habe die Anfrage über den aktuellen Sachstand, das haben wir ja auch schon mal hier im Kreistag oder auch in den Ausschüssen besprochen, über den Revolution-Train, also über den Anti-Drogenzug.

Wie ist der Sachstand und gibt es da einen konkreten Termin?“

Der Landrat gab bekannt, dass er diese Anfrage zur nächsten Kreistagssitzung beantworte.

Damit war die Fragestunde beendet.

Zum TOP 06 **Bürgeranfragen**

Schriftlich eingereichte Bürgeranfragen lagen nicht vor. Mündliche Anfragen wurden nicht gestellt.

Zum TOP 07

Mit der Drucksache-Nr.: KT/253/2021 lag die Verwaltungsvorlage – Öffentliche Ausschreibung Nr. 096-2021-UHK: Elektroinstallation FÖZ Pestalozzischule Mühlhausen, Johannistal 16 – vor.

Es gab keine Begründung seitens der Verwaltung und keine Wortmeldungen.

Herr Kretschmer rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Im Ergebnis der Öffentlichen Ausschreibung Nr. 096-2021-UHK: Elektroinstallation FÖZ Pestalozzischule Mühlhausen, Johannistal 16 gemäß § 3 VOB/A i.V.m. ThürVgG und ThürVVöA wird der Auftrag nach Ablauf der Informations- und Wartepflicht gem. § 19 ThürVgG an den Bieter Elektrotechnik Hochhaus, Landstraße 3, 99976 Anrode mit einer Auftragssumme brutto i.H.v. 916.743,31 € zzgl. 15.076,12 € Wartungskosten für 4 Jahre erteilt.“

Der Beschluss wurde einstimmig mit 38 Ja-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/215-15/21**.

Zum TOP 08

Mit der Drucksache-Nr.: KT/248/2021 lag die Verwaltungsvorlage – Außerplanmäßige Ausgabe in der Haushaltsstelle 4511.7180, Außerschulische Jugendbildung, Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke - vor.

Herr Kretschmer gab die Ausschussvoten bekannt:

Ausschuss	Ja	Nein	Enthaltungen
Haushalts- und Finanzausschuss	5	0	0
Ausschuss für Jugend, Familie und Soziales	7	0	0

Herr Kretschmer verwies auf die Beschlussvorlage, die am 21. Juni 2021 eingereicht worden sei. Der Ausschuss habe am 24. Juni 2021 getagt. Die Verteilung erfolgt heute Vormittag per E-Mail. Viele Kreistagsmitglieder seien da an der Arbeit gewesen. Er konnte die Vorlage nicht lesen. Das sei schade, da es hilfreich gewesen wäre, sich die Begründung anzusehen.

Er wolle nur zu bedenken geben, wenn es am 24. Juni 2021 bereits im Ausschuss behandelt worden sei, hätte es möglicherweise schneller den Kreistagsmitgliedern zur Verfügung gestellt werden können.

Der Landrat widersprach. Das was heute hier verteilt worden sei, habe nichts mit der Beschlussvorlage an sich zu tun, sondern bezog sich auf Nachfragen aus dem Ausschuss. Da diese Antwort sehr umfangreich gewesen war, habe man sie heute Morgen per Mail vorab verteilt. Der ein oder andere hatte sicher doch die Möglichkeit, das vorab zu lesen.

Auch zur Klarstellung habe man die Geschichte zum Thema nochmals dargestellt. Es habe ja Irritationen bezogen auf die Projekte LSZ oder Demokratie Leben gegeben. Man habe die Fragen beantwortet, wie viele Projekte es seien.

Er betone nochmals, dass es eine 100 %-ige Förderung sei. Da es sich aber um eine außerplanmäßige Ausgabe handele, müsse der Kreistag hier beschließen.

Es gebe vier externe Koordinierungsfachstellen, Aktion- und Initiativefond, Jugendfond und Partizipation, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit und Coaching. In der Position Aktion- und Initiativefond seien noch 31.590 EUR und in der Position Partizipation, Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit seien 6.000 EUR vorhanden. In den anderen Positionen stehe kein Geld mehr zur Verfügung. Das heiße, es können noch weiterhin Anträge gestellt werden, über die der Beirat dann entscheide.

Man habe auch den Verwendungsbescheid übersandt. In diesem werden die Rahmenbedingungen ausführlich dargestellt. Er bitte um Zustimmung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Herr Kretschmer rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Für außerplanmäßige Ausgaben in dem Bundes- und Landesprojekt „Demokratie leben“ und „Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ werden in der Haushaltsstelle 4511.7180 insgesamt 159.732,02 € für 2021 zusätzliche Mittel bereitgestellt.

Die Deckung erfolgt in Höhe von 125.000 € aus der Haushaltsstelle 4511.1700 und 34.732,02 € aus der Haushaltsstelle 4511.1710, Außerschulische Jugendbildung, Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke.“

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 33 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/216-15/21**.

- **TOP 09 wurde von der Tagesordnung genommen.**

Zum TOP 10

Mit der Drucksache-Nr.: KT/246/2021 lag die Verwaltungsvorlage – Feststellung der Jahresrechnung 2017 für den Unstrut-Hainich-Kreis – vor.

Herr Kretschmer gab die Ausschussvoten bekannt:

Ausschuss	Ja	Nein	Enthaltungen
Rechnungsprüfungsausschuss	4	0	4

Der Landrat merkte an, dass er ungewöhnlicher Weise zu diesem Tagesordnungspunkt reden wolle, da es eine Nachfrage gegeben habe, die er beantworten wolle. Am Ende der Anlage zur Beschlussvorlage stehe:

„Buchmiger Kassenbestand -19.778.007,62 EUR.“

Die Frage war, wie diese Zahl zu verstehen sei? Das sei der Saldo aller Konten gemäß dem Ausdruck vom 31. Dezember 2017, also stichtagsbezogen. Es handele sich um den gesamten Kassenbestand aller Kontobestnde oder verschiedenen Guthaben minus der Inanspruchnahme des Kassenkredites. Man habe 2017 noch 19.778.007,62 EUR im Minus gehabt.

Der Landrat und Frau Zanker verlassen den Sitzungssaal.

Frau Lehmann führte aus, dass sie für den Rechnungsprüfungsausschuss den Bericht zum Haushaltsjahr 2017 und zum Prüfbericht abgeben wolle:

Am 09. Juli 2020 wurde den Ausschussmitgliedern der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes zur Prüfung der Jahresrechnung 2017 übergeben. Seither habe man den Bericht und die Jahresrechnung in insgesamt sechs Sitzungen themenbezogen beraten. Auch der Beteiligungsbericht des Landkreises für das Jahr 2017 wurde in diesem Zusammenhang vom Ausschuss mit behandelt.

Die Sitzungstermine waren am 10. September 2020, am 15. Oktober 2020, am 19. November 2020, am 11. März 2021, am 22. April 2021 und am 08. Juli 2021.

Parallel dazu hatte der Ausschuss aber auch noch die Jahresrechnung für das Jahr 2016 fertig zu beraten, ebenso den Rechnungshofbericht bis zum Jahr 2016 weiter diskutiert sowie die Prüfungsbemerkungen zur Haushaltssituation des Fachdienstes Soziales für das Jahr 2018 und die Prüfungsbemerkungen zur Haushaltssituation des Fachdienstes Familie und Jugend für das Jahr 2018 behandelt. Es handelte sich bei den zwei letztgenannten Prüfberichten um interne Prüfungen durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises, die aufgrund der hohen Ausgaben in diesen Bereichen durchgeführt wurden.

Dies wolle sie dem Kreistag einmal als Information zu der Tätigkeit im Rechnungsprüfungsausschuss übermitteln und vielleicht auch als Hinweis für den Sozialausschuss, dass es eben auch Prüfberichte zu einzelnen Fachbereichen im Haus gebe, die man auch in anderen Ausschüssen sich noch anschauen könne. Der Rechnungsprüfungsausschuss habe ja nur einmal im Jahr die Gelegenheit, über seine Arbeit den Kreistag und die Öffentlichkeit zu informieren, deswegen sei es ergänzt, damit man auch erkennen könne, wie vielfältig der Ausschuss Themen in den nichtöffentlichen Sitzungen bearbeite.

Weiterhin habe es zwei überörtliche Prüfungen des Rechnungshofes zum Thema öffentlicher Gesundheitsdienst in Thüringen und zur Unteren Immissionsschutzbehörde gegeben. Auch diese beiden Prüfberichte wurden im Ausschuss behandelt und bei den oben genannten Sitzungsterminen besprochen.

Nun komme sie zurück zum Jahr 2017: Sie möchte in Erinnerung rufen, dass der Kreistag am 29. März 2017 die Haushaltssatzung, den Haushaltsplan und den Finanzplan beschlossen hatte. Es war eine Bedarfszuweisung in dem Jahr in Höhe von 11,7 Mio. EUR im Haushaltsausgleich enthalten. Mit dieser Bedarfszuweisung war der Haushalt dann auch ausgeglichen.

Das Landesverwaltungsamt gewährte nach Prüfung letztlich die nicht rückzahlbare Bedarfszuweisung in Höhe von 11,688 Mio. EUR. Die Kreisumlage mit einem Umlagesatz von 41,414 v. H. und der Kassenkredit in Höhe von 35 Mio. EUR wurden genehmigt. Kreditaufnahmen gab es im Jahr 2017 nicht. Die Haushaltssatzung trat rückwirkend zum 01.01. in dem Jahr in Kraft.

Das Rechnungsprüfungsamt bestätigte in seinem Bericht, dass der kassenmäßige Abschluss mit den Kontoführungsunterlagen übereinstimme. Die Zahlen zum Kassenabschluss könne man der Anlage zur Beschlussvorlage entnehmen. Die Haushaltsrechnung war ausgeglichen.

Das Haushaltsvolumen stieg im Jahr 2017 so wie in den Vorjahren auch weiter an, in diesem Fall zum Vorjahr 2016 um ca. 14,7 Mio. EUR. Insbesondere die Zuweisungen des Landes, wie die Schlüsselzuweisungen, der Mehrbelastungsausgleich, die Bedarfszuweisung, die 7,7 % der Gesamteinnahmen ausmachte und die Kreisumlage von den Gemeinden machten mit insgesamt 62,7 % den größten Teil der Einnahmen des Kreises in dem Jahr aus und waren insgesamt auch höher als im Vorjahr. Die Einnahmen aus Gebühren und Entgelten erhöhten sich in diesem Jahr um etwa 500 TEUR.

Große Einnahmepositionen waren auch in den Bereichen Schulumlage, Schullastenausgleich, Grundsicherung vom Bund, Schülerbeförderung, Migration, Blindengeld und Vollzug des Unterhaltsvorschussgesetzes sowie durch die Gewinnausschüttung der Sparkasse und Erstattung von weiteren sozialen Leistungen zu verzeichnen.

Bei den Ausgaben waren Personalausgaben mit 24,3 % des Verwaltungshaushaltes die drittgrößte Position. Sie lagen auch etwa 492 TEUR höher als im Jahr 2016. Die Ausgaben für soziale Leistungen erhöhten sich im Jahr 2017 um 1,6 Mio. EUR und betragen somit ca. 64 Mio. EUR, also etwa 42,3 % der Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes.

Die Zuführung vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt betrug 14,5 Mio. EUR und war damit mehr als 5 Mio. EUR höher als in 2016. Das war auch die größte Einnahmeposition des Vermögenshaushaltes. Weitere Einnahmen aus Veräußerung von Vermögen wurden in Höhe von ca. 1 Mio. EUR erzielt.

Außerdem gab es diverse Zuschüsse aus Förderprogrammen von Bund und Land, beispielsweise für die Schulinvestitionspauschale, den Brandschutz, das Bundesförderprogramm für Schulen und weitere Landesmittel. Investitionen wurden beispielsweise davon in Schulbaumaßnahmen, in die Gemeinschaftsunterkunft Obermehler, in Technik für die Verwaltung und in die Schulen, für Kreisstraßen und für das Kinderheim Seebach getätigt. 40,6 % des Vermögenshaushaltes gingen jedoch in die Deckung von Soll-Fehlbeträgen. Das war die größte Ausgabebeziehung des Vermögenshaushaltes im Jahr 2017.

Insgesamt 8,77 Mio. EUR wurden für die Haushaltsjahre 2005, 2006 und 2007 zur Deckung von diesen alten Soll-Fehlbeträgen aufgewendet. Ende 2017 standen dann noch kumuliert alte Soll-Fehlbeträge von 18,8 Mio. EUR zur Deckung für die Folgejahre offen. Im Prüfbericht wird darauf verwiesen, dass in den Jahren 2014 bis 2017 Soll-Fehlbeträge insbesondere nur durch die Bedarfszuweisung des Landes gedeckt werden konnten.

Kredite bestanden zum Ende des Jahres 2017 noch Höhe von 35,4 Mio. EUR. Die Zinsentwicklung mit den Niedrigzinsen wirkte sich günstig für den Landkreis aus. Dazu kamen noch Leasingverträge, der Kassenkredit und die Mittel des Abfallwirtschaftsbetriebes, die ja in dem Jahr noch bewirtschaftet wurden und zwar genau bis zum 03. Juli 2017. An diesem Tag zahlte der Landkreis diese bewirtschafteten Mittel des Abfallwirtschaftsbetriebes in Höhe von 11,9 Mio. EUR zurück und seither findet diese Mittelbewirtschaftung nicht mehr statt.

Der Schuldenstand betrug zum Ende des Jahres 2017 insgesamt ca. 56,88 Mio. EUR.

Themen von Nachfragen aus dem Ausschuss waren die aufgezeigten Prüfungsfeststellungen, beispielsweise zum Erlass der Anpassung und Übermittlung von Dienstanweisungen. Es fehle, nach Kenntnisstand der Ausschussmitglieder, immer noch die Dienstanweisung zu den Verfügungsmitteln. Auch die Veräußerung von Liegenschaften im Jahr 2017, die Frage nach einem Personalentwicklungskonzept, welches laut der von der Verwaltung zugegangenen Antwort erst für 2022 angekündigt wurde, das Thema Deckungsvermerke, die Bildung von Haushaltsausgaberesten, die Maßnahmen zur Unterbrechung der Zahlungsverjährung beim Unterhaltsvorschuss, die verschiedenen Hilfearten des SGB VIII zur Betreuung bei freien Trägern, in Einrichtungen, in Einzelbetreuung sowie der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche waren unsere Beratungsthemen.

Das Thema Unterhaltsvorschuss befasse den Rechnungsprüfungsausschuss bereits seit etlichen Jahresrechnungen und Prüfungen. Nachdem die Einnahmeverfolgung mit mehr Fachpersonal durch den Landkreis aufgegriffen und inzwischen verbessert wurde, sei es im Ausschuss zuletzt insbesondere um den Umgang mit Kasseneinnahmeresten bzw. deren rechtliche Bewertung gegangen. Man habe sich darauf verständigt, dass dieses Thema für mehrere Haushaltsjahre insgesamt und eben dabei auch für das Jahr 2017 gemeinsam nach der Sommerpause nochmal separat und ausführlich behandelt werde.

Zuletzt verweise sie noch auf Seiten ab Seite 107 des Berichtes des Rechnungsprüfungsamtes, auf denen man die Schlussbemerkungen finde. Darin werde auch für 2017 auf die prekäre finanzielle Lage des Landkreises eingegangen, dessen Zahlungsunfähigkeit nur mit den Bedarfszuweisungen des Landes abgewandt werden konnte. Auch im Jahr 2017 war das Landesgeld, wie schon erwähnt, die Grundlage für den Haushaltsausgleich. Auf Seite 109 des Berichtes finden Sie die wesentlichen Feststellungen der Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt zu insgesamt 13 Punkten mit entsprechenden Hinweisen zur Abstellung von Fehlern bzw. zur künftigen Beachtung der entsprechenden Rechtsgrundlagen für Verwaltungshandeln.

In der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 08. Juli 2021 wurde die Beratung zum Jahr 2017 formal mit den Beschlussempfehlungen für die heutige Kreistagsitzung abgeschlossen. Der Ausschuss beginne jetzt mit der Beratung des auch am 08. Juli übergebenen Prüfberichts für das Jahr 2018.

Zum TOP 10, wie der Herr Vorsitzende schon erwähnt habe, empfehle der Ausschuss mit 4 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen die Feststellung der Jahresrechnung. Zum TOP 11 empfehle der Rechnungsprüfungsausschuss ebenfalls mit 4 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen die Entlastung des Landrates.

Erwähnt sei noch, dass Frau Schäfer dem Rechnungsprüfungsausschuss seit Ende letzten Jahres als Mitarbeiterin des Landkreises, als Ansprechpartnerin für die Jahresrechnungen zur Seite gestellt worden sei. Auch bei den sachkundigen Bürgern gab es einige personelle Veränderungen.

Sie möchte sich an dieser Stelle sehr herzlich bei allen Mitgliedern des Ausschusses und bei den sachkundigen Bürgern für ihre Mitarbeit und insbesondere auch bei der Mitarbeitern der Kreisverwaltung, dem Rechnungsprüfungsamt unter Leitung von Herrn Hillmann für die geleisteten Zuarbeiten und die stets gute Zusammenarbeit sehr herzlich bedanken.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Herr Kretschmer rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Der Kreistag stellt das Ergebnis der Haushaltsrechnung 2017 unter Einbeziehung der Abschlussbuchungen gemäß § 74 ThürGemHV wie folgt fest:

Summe bereinigte Solleinnahmen Verwaltungshaushalt 151.143.916,78 EUR
Summe bereinigte Sollausgaben Verwaltungshaushalt 151.143.916,78 EUR

Summe bereinigte Solleinnahmen Vermögenshaushalt 21.581.418,55 EUR
Summe bereinigte Sollausgaben Vermögenshaushalt 21.581.418,55 EUR

Fehlbetrag /Überschuss 0,00 EUR“

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 23 Ja-Stimmen und 14 Enthaltungen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/217-15/21.**

Zum TOP 11

Mit der Drucksache-Nr.: KT/247/2021 lag die Verwaltungsvorlage – Entlastung des Landrates für das Haushaltsjahr 2017 - vor.

Herr Kretschmer gab die Ausschussvoten bekannt:

Ausschuss	Ja	Nein	Enthaltungen
Rechnungsprüfungsausschuss	4	0	4

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Herr Kretschmer rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Aufgrund des geprüften und festgestellten Ergebnisses der Jahresrechnung 2017 des Unstrut-Hainich-Kreises und dem Abschlussbericht des örtlichen Rechnungsprüfungsamtes wird dem Landrat die Entlastung gemäß § 114 ThürKO i. V. m. § 80 Abs. 3 ThürKO erteilt.“

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 19 Ja-Stimmen und 18 Enthaltungen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/218-15/21.**

Herr Kretschmer bat dem Landrat zu signalisieren, dass er wieder zur Sitzung kommen könne.

Zum TOP 12**Nachwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes**

Herr Kretschmer gab bekannt, dass aufgrund des Austritts des Herrn Björn Guido Kirchner aus der AfD-Fraktion ein neues stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied der AfD-Fraktion in den Jugendhilfeausschuss zu wählen sei. Vorgeschlagen wird Frau Angelika Kleinschmidt.

Die Fraktion GRÜNE möchte gern ihr stellvertretendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss ändern. Daher wird vorgeschlagen, Herrn Edgar Schlegel als stellvertretendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss zu wählen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Herr Kretschmer bat den Wahlausschuss, seine Arbeit aufzunehmen. Die Wahl erfolgte geheim.

Herr Kretschmer stellte fest, dass der Wahlvorgang abgeschlossen sei.

Herr Kretschmer gab das Wahlergebnis bekannt:

- Es wurden 39 Stimmen abgegeben. Vier Stimmen waren ungültig.

<i>Name</i>	<i>vorgeschlagen von</i>	<i>Ja-Stimmen</i>
Kleinschmidt, Angelika	AfD-Fraktion	12
Schlegel Edgar	Fraktion GRÜNE	27

Damit sei Herr Schlegel gewählt. Frau Kleinschmidt sei nicht gewählt.

Zum TOP 13

Mit der Drucksache-Nr.: KT/249/2021 lag die Verwaltungsvorlage – Einbringung der Jahresrechnung des Unstrut-Hainich-Kreises für das Haushaltsjahr 2020 und Überweisung in den Rechnungsprüfungsausschuss - vor.

Es gab keine Begründung seitens der Verwaltung, keine Ausschussempfehlungen und keine Wortmeldungen.

Herr Kretschmer rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Die Jahresrechnung des Unstrut-Hainich-Kreises für das Haushaltsjahr 2020 wird zur Beratung an den Rechnungsprüfungsausschuss überwiesen.“

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 37 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/219-15/21**.

Zum TOP 14

Mit der Drucksache-Nr.: KT/250/2021 lag die Verwaltungsvorlage – Übertragung von Zuständigkeiten des Kreisausschusses auf den Landrat gemäß § 107 Abs. 3 ThürKO i. V. m. § 13 Abs. 5 der Hauptsatzung des Unstrut-Hainich-Kreises als Einzelfallentscheidung (Lieferung und Montage von Mobiliar für fünf Grundschulen des UHK) – vor.

Der Landrat gab bekannt, dass er eine Anfrage, die es zu dieser Beschlussvorlage gegeben habe, beantworten wolle: Kalkuliert seien ca. 200 TEUR. Die 100 %-ige Förderung erfolge aus dem Ganztags-Investprogramm. Morgen finde die Submission statt und die Vergabe müsse zeitnah erfolgen, damit die Realisierung und Rechnungslegung bis November abgeschlossen sei. Die Bezahlung müsse bis spätestens 15. Dezember erfolgen.

Die fünf Grundschulen seien: Grundschule Sonnenhof in Bad Langensalza, Martinischule in Mühlhausen, Nikolaischule in Mühlhausen, Margaretenschule in Mühlhausen und die Grundschule in Großengottern.

Es gab keine Ausschussempfehlungen und keine Wortmeldungen. Herr Kretschmer rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Die Entscheidung über die Vergabe der öffentlichen Ausschreibung Nr. 136-2021-UHK-SV – Lieferung und Montage von Mobiliar für fünf Grundschulen des Unstrut-Hainich-Kreises - wird gemäß § 107 Abs. 3 ThürKO i.V.m. § 13 Abs. 5 der Hauptsatzung des Unstrut-Hainich-Kreises vom Kreisausschuss auf den Landrat übertragen.“

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 36 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/220-15/21**.

Zum TOP 15

Mit der Drucksache-Nr.: KT/260/2021 lag die Verwaltungsvorlage – Öffentliche Ausschreibung Nr. 126-2021-UHK-SV_Los 1: Erneuerung Heizungs- und Sanitäranlagen Forstbergschule – Sanitär – vor.

Es gab keine Begründung seitens der Verwaltung, keine Ausschussempfehlungen und keine Wortmeldungen.

Der Beschlusstext lautet:

„Im Ergebnis der Öffentlichen Ausschreibung Nr. 126-2021-UHK-SV_Los 1: Erneuerung Heizungs- und Sanitäranlagen Forstbergschule – Sanitär gemäß § 3 VOB/A i.V.m. ThürVgG und ThürVVöA wird der Auftrag für Los 1 nach Ablauf der Informations- und Wartepflicht gem. § 19 ThürVgG an den Bieter Heiztechnik Mühlhausen GmbH Windeberger Landstr. 36, 99974 Mühlhausen mit einer Auftragssumme brutto i.H.v. 223.127,17 € erteilt.“

Der Beschluss wurde einstimmig mit 39 Ja-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/221-15/21.**

Zum TOP 16

Mit der Drucksache-Nr.: KT/261/2021 lag die Verwaltungsvorlage – Öffentliche Ausschreibung Nr. 126-2021-UHK-SV_Los 2: Erneuerung Heizungs- und Sanitäranlagen Forstbergschule – Trockenbau und Fliesen – vor.

Es gab keine Begründung seitens der Verwaltung, keine Ausschussempfehlungen und keine Wortmeldungen.

Der Beschlusstext lautet:

„Im Ergebnis der Öffentlichen Ausschreibung Nr. 126-2021-UHK-SV_Los 2: Erneuerung Heizungs- und Sanitäranlagen Forstbergschule – Trockenbau und Fliesen gemäß § 3 VOB/A i.V.m. ThürVgG und ThürVVöA wird der Auftrag für Los 2 nach Ablauf der Informations- und Wartepflicht gem. § 19 ThürVgG an den Bieter Glöckner Bau, Neustadt 35, 99718 Greußen mit einer Auftragssumme brutto i.H.v. 184.996,52 € erteilt.“

Der Beschluss wurde einstimmig mit 39 Ja-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/222-15/21.**

Herr Kretschmer unterbrach um 17:00 Uhr die Sitzung für eine Lüftungspause.

Herr Kretschmer setzte um 17:05 Uhr die Sitzung fort.

Zum TOP 17

Mit der Drucksache-Nr.: KT/255/2021 lag der Antrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der AfD-Fraktion, der Fraktion FW-UH, der Fraktion LINKE, der Fraktion GRÜNE und der FDP-Fraktion – Resolution des Kreistages des Unstrut-Hainich-Kreises zum Erhalt des Ausbildungsberufes Rechtsanwaltsfachangestellte/r am Berufsschulcampus Unstrut-Hainich – vor.

Herr Groß gab bekannt, dass er sich sehr freue, dass alle Fraktionen diesen Antrag, den man hoffentlich gleich beschließe, gemeinsam einreichen. Das sei, so finde er, das stärkste Signal, welches der Kreistag vor der Beschlussfassung geben könne. Er hoffe, man gehe mit einem noch stärkeren Signal gleich aus der Abstimmung, dass nämlich einer großen Mehrheit.

Er wolle kurz einen Punkt aus der Beschlussfassung zitieren: Auf Seite 2 finde sich ein Satz, der zusammengefasst laute: Wer den Justizstandort Mühlhausen wolle, müsse auch eine Ausbildung der Rechtsanwaltsfachangestellten in Mühlhausen wollen.

Er gebe zu, dieser Satz überspitze die Situation ein bisschen, aber man solle nicht vergessen, wie die Rechtsanwaltschaft für den Justizstandort Mühlhausen gekämpft habe. Genauso sollte man auch für diesen Ausbildungsstandort kämpfen. Er sei der Meinung, dass Eine bedinge das Andere. Sicherlich sei es für die Fraktionen, deren Parteien in der Landespolitik tätig seien, nicht ganz einfach, gegen ein potentiell Votum des Bildungsministers zu votieren. Aber das zeige umso mehr, dass jede landespolitische Entscheidung, die eine Region auf Dauer schwäche, auch seinen Preis habe und dass hier der Kreistag, so hoffe er, zusammenstehen werde.

Die Landespolitik habe sich eigentlich auf die Fahnen geschrieben, den ländlichen Raum zu stärken. Wenn man das bezogen auf die Bildungspolitik ernst meinen würde, würde man nicht sukzessive alles nach Erfurt verlagern, sondern würde die Ausbildungsstandorte Gera und Mühlhausen stärken. Das habe man offensichtlich derzeit hier nicht vor. Auch deshalb halte er die möglicherweise im Raum stehende Entscheidung des Ministeriums, den Ausbildungsstandort bezüglich der Rechtsanwaltsfachangestellten in Mühlhausen zu schließen, für gänzlich falsch.

Nenne man die Sache doch mal beim Namen: Der Beruf der Rechtsanwaltsfachangestellten sei ein sehr anspruchsvoller Beruf, der derzeit aber, so meine er, relativ schlecht bezahlt werde. Allerdings habe dieser Beruf und das habe der Landrat nochmal in der Sitzung der Fraktionsvorsitzenden deutlich gemacht, ein großes Entwicklungspotential für die einzelnen Auszubildenden, die nämlich dann auch andere Tätigkeiten sehr schnell ergreifen können und dort ein großer Bedarf sei. Wenn man aber jetzt, neben den geringen Ausbildungsgehältern, die dort gezahlt werden, auch noch eine örtliche Entfernungshürde einbaue, dann werden noch weniger Menschen diesen Beruf ergreifen. Um es mal mit anderen Worten zu sagen, wenn man wolle, dass die Leute Bus fahren, müsse man auch eine Bushaltestelle in der Nähe bauen.

Er bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Herr Kretschmer rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Der Kreistag des Unstrut-Hainich-Kreises beschließt die in der Anlage beigefügte Resolution zum Erhalt des Ausbildungsberufes Rechtsanwaltsfachangestellte/r am Berufsschulcampus Unstrut-Hainich.

Der Landrat wird beauftragt, die Resolution dem Thüringer Minister für Bildung, Jugend und Sport sowie der Thüringer Landtagsverwaltung zu übersenden.“

Der Beschluss wurde einstimmig mit 39 Ja-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/223-15/21**.

Zum TOP 18

Mit der Drucksache-Nr.: KT/256/2021 lag die Verwaltungsvorlage – Bestellung eines Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes der Fraktion GRÜNE in den Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport - vor.

Es gab keine Begründung seitens der Verwaltung und keine Wortmeldungen.

Herr Kretschmer rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Gemäß § 105 Abs. 2 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in Verbindung mit § 9 Abs. 2 der Hauptsatzung des Unstrut-Hainich Kreises und § 29 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Kreistages Unstrut-Hainich Kreis wird für die Fraktion GRÜNE folgendes Mitglied und stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport bestellt:

- Mitglied: Herr Tino Gaßmann
- Stellvertreter: Herr Jens Reidat.“

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 33 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/224-15/21**.

Zum TOP 19

Mit der Drucksache-Nr.: KT/257/2021 lag die Verwaltungsvorlage – Bestellung eines Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes der Fraktion GRÜNE in den Ausschuss für Jugend, Familie, Gesundheit und Soziales – vor.

Es gab keine Begründung seitens der Verwaltung und keine Wortmeldungen.

Herr Kretschmer rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Gemäß § 105 Abs. 2 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in Verbindung mit § 9 Abs. 2 der Hauptsatzung des Unstrut-Hainich Kreises und § 29 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Kreistages Unstrut-Hainich Kreis wird für die Fraktion GRÜNE folgendes Mitglied und stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Jugend, Familie, Gesundheit und Soziales bestellt:

- Mitglied: Herr Edgar Schlegel
- Stellvertreter: Herr Jens Reidat“

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 33 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/225-15/21.**

Zum TOP 20

Mit der Drucksache-Nr.: KT/258/2021 lag die Verwaltungsvorlage – Bestellung eines Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes der Fraktion GRÜNE in den Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Umwelt- und Naturschutz, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft, Bauangelegenheiten – vor.

Es gab keine Begründung seitens der Verwaltung und keine Wortmeldungen.

Herr Kretschmer rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Gemäß § 105 Abs. 2 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in Verbindung mit § 9 Abs. 2 der Hauptsatzung des Unstrut-Hainich Kreises und § 29 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Kreistages Unstrut-Hainich Kreis wird für die Fraktion GRÜNE folgendes Mitglied und stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Umwelt- und Naturschutz, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft, Bauangelegenheiten bestellt:

- Mitglied: Herr Jens Reidat
- Stellvertreter: Herr Tino Gaßmann“

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 33 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/226-15/21.**

Zum TOP 21

Mit der Drucksache-Nr.: KT/259/2021 lag die Verwaltungsvorlage – Bestellung eines Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes der Fraktion GRÜNE in den Sportbeirat des Unstrut-Hainich-Kreises – vor.

Es gab keine Begründung seitens der Verwaltung und keine Wortmeldungen.

Herr Kretschmer rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Gemäß § 3 Ziffer 1 Buchstabe b) der Satzung für den Sportbeirat des Unstrut-Hainich-Kreises wird für die Fraktion GRÜNE folgendes Mitglied und stellvertretendes Mitglied in den Sportbeirat des Unstrut-Hainich-Kreises bestellt:

- Mitglied: Herr Tino Gaßmann
- Stellvertreter: Herr Jens Reidat“

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 33 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/227-15/21**.

Zum TOP 22

Mit der Drucksache-Nr.: KT/262/2021 lag der Antrag der SPD-Fraktion – Spende der Sitzungsgelder für die Opfer der Flutkatastrophe – vor.

Frau Zanker verwies auf die Ereignisse der Flutkatastrophe der letzten Tage, die unbestritten dramatisch seien.

Die Zahl der Todesopfer steige weiterhin und die Bilder seien wirklich schrecklich. Zahlreiche Spendenaktionen seien mittlerweile von Hilfsorganisationen auf den Weg gebracht worden. Ihre Wahrnehmung sei, dass zunehmend auch um finanzielle Hilfen gebeten werde, weil die Lagerung der Sachspenden im Katastrophengebiet gar nicht möglich sei. Deshalb schlage die SPD-Fraktion vor, dass das heutige Sitzungsgeld, welches jedes Kreistagsmitglied erhalte, gespendet werde.

Sie habe beim Kreistagsbüro nachgefragt, wenn man heute den Beschluss mehrheitlich treffe, dann würde das Kreistagsbüro das Sitzungsgeld an jedes Kreistagsmitglied recht zeitnah auszahlen. Das ist leider so notwendig. Jedes Kreistagsmitglied würde dann eben auch persönlich auf ein eingerichtetes Konto oder Haushaltsstelle das Geld wieder überweisen.

Das sei der Grund, warum sie gesagt habe, es reiche nicht, nur eine Liste auszulegen. Man müsse die Verwaltung beauftragen, eine Haushaltsstelle zu finden. Das Kreistagsbüro habe zugesichert, noch mal an jedes Kreistagsmitglied eine E-Mail zum Ablauf des Verfahrens zu senden.

Sie habe in Gesprächen gemerkt, dass man da einen Konsens finden könne. Viele Bürger beteiligen sich schon jetzt an den Spenden, egal ob Sachspenden oder finanzielle Spenden. Die Kreistagsmitglieder sollten es ihnen gleich tun. Das sei vielleicht auch ein motivierendes Signal, an manch anderen Bürger, über eine Spende nachzudenken.

Herr Kretschmer erwiderte, dass seine Sorge nur gewesen war, dass man einen formalen Akt habe, der am Ende teurer werde als das Ergebnis. Er habe in dem Zusammenhang eine Bitte an das Kreistagsbüro: Die Sitzungsgelder werden zuverlässig überwiesen. Man könne jedoch anhand der Überweisung nicht sehen, für welche Sitzungen das Sitzungsgeld überwiesen werde. Das heiÙe, man könne es im Grunde genommen schlecht nachvollziehen, ob man das Geld bekommen habe, welches einem zustehe.

Wenn man einen Teil wieder zurück überweisen wolle, brauche man Klarheit, damit man den formalen Akt auch in dem guten Willen, wie Frau Zanker das vorgetragen habe, durchführen zu können. Er bitte in diesem Zusammenhang also und das wäre auch eine Transparenz gegenüber den Kreistagsmitgliedern, dass man sehen könne, für was man das Geld aus der Kreisverwaltung erhalte. Das solle nur ein kleiner organisatorischer Einschub gewesen sein.

Herr Groß merkte an, dass die FDP-Fraktion das Anliegen teile. Allerdings gefallen ihm zwei Dinge nicht:

Sicherlich solle man nicht beschließen, dass die SPD-Fraktion beantrage. Man entscheide immer noch ganz alleine, was man beantrage. Gemeint sei wahrscheinlich, dass man beschließen, dass die Sitzungsgelder gespendet werden. Aber auch das könne man, seines Erachtens, nicht beschließen. Man habe nur die Kompetenz für den Kreis zu entscheiden, aber die Mehrheit könne nicht beispielsweise über das Konto von Herrn Dr. Kappe entscheiden.

Man könne aber beschließen, dass jeder selbst und die, die bereit seien, ihr Sitzungsgeld spenden. Dann wäre das sozusagen nicht ein Beschluss, sondern das wäre nur ein Meinungsbild. Man könne sich auch gegenseitig auffordern. Allerdings könne man nicht sagen, alle die mit Ja gestimmt haben, haben jetzt den Willen, die Spende vorzunehmen. Es könne nicht mit Mehrheit irgendjemand verpflichtet werden. Dafür habe man nur für den Kreis die Möglichkeit.

Insofern, so glaube er, müsste die SPD-Fraktion ihren Antrag umstellen.

Frau Zanker erwiderte, dass sie Herrn Groß Recht gebe. Deshalb sei ja auch die Verfahrensweise so wie vorhin vorgetragen. Jedes Kreistagsmitglied entscheide dann, ob es der Information vom Kreistagsbüro nachkomme. Sie wisse, dass viele bereits gespendet haben. Für sie sei es nur wichtig, die Verwaltung zu beauftragen, eine Haushaltsstelle einzurichten.

Herr Poppner merkte an, dass er es zweigeteilt darstellen wolle: Für die Spendenwilligkeit seiner AfD-Fraktionskollegen könne er nicht sprechen. Das sei jedem seine Sache. Er für seinen Teil werde spenden. Er denke, der Rest werde es auch machen. Allerdings sehe er, dass die Bundesregierung hier ihrer Pflicht nicht nachgekommen sei, den Landsleuten dementsprechend zu helfen. Man werde das Eigene dafür tun, aber er bitte zu bedenken, dass der Staat seiner Aufgabe hier nicht gerecht werde.

Herr Kretschmer stellte fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen gebe.

Er wolle den Hinweis von Herrn Groß aufnehmen. Natürlich sei es eine Aufforderung, dass jeder, der möge, überweise. Im 2. Satz sehe man, der Landrat solle den Betrag überweisen. Das sei nicht richtig. Jeder müsse den Betrag überweisen, damit der Landrat dann von dem Spendenkonto das Geld an eine entsprechende Stelle weitergeben könne.

Es gab verschiedene Diskussionen im Sitzungssaal.

Herr Kretschmer meinte, dass er noch immer Schwierigkeiten habe. Der erste Satz, sei eher formaler Natur. Der zweite Satz irritiere ihn, der Landrat wird beauftragt, ein Konto zu ermitteln. Das werfe die Frage auf, was für ein Konto?

Und dann müsse der Landrat den Kreistagsmitgliedern doch die Möglichkeit geben, den Betrag dort einzuzahlen, damit er etwas überweisen könne. Er würde den zweiten Satz vielleicht ganz rauslassen, weil das alle verstanden hätten. Man bekomme eine Kontonummer und jeder, der diese Aktion teile, überweise das Sitzungsgeld des heutigen Tages.

Die Formulierung im ersten Satz sollte lauten: Der Kreistag ruft die Kreistagsmitglieder dazu auf, ihr Sitzungsgeld der heutigen Kreistagssitzung – nicht Sitzungsgelder, weil hier der Plural stehe -, für die Bewältigung der Flutkatastrophe zu spenden.

Auf seine Nachfrage, ob man diesem Antrag dann so zustimmen könne, erhob sich seitens der Kreistagsmitglieder kein Widerspruch.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Herr Kretschmer rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Der Kreistag ruft die Kreistagsmitglieder dazu auf, ihr Sitzungsgeld der heutigen Kreistagssitzung für die Bewältigung der Flutkatastrophe in NRW, Rheinland-Pfalz, Bayern und Sachsen zu spenden.“

Der Beschluss wurde einstimmig mit 39 Ja-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KT/228-15/21**.

Damit war die Sitzung des Kreistages beendet. Der Sitzungsverlauf wurde zur Anfertigung der Niederschrift aufgezeichnet.

Kretschmer
Kreistagsvorsitzender

Junker
Schriftführerin